



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 322 (S. 261): Pädagogische Hilfen – Erhöhung der Pauschalen (GRÜNE)

Antrag Nr. 323 (S. 261): Eingliederungshilfen: Aufstockung Fallpauschale pädagogische Hilfen von 460 Euro/Monat auf 560 Euro/Monat (KULT)

Antrag Nr. 324 (S. 268): Eingliederungshilfen: Flexible Verwendung pädagogischer und begleitender Hilfen (KULT)

Antrag Nr. 325 (S. 249): Inklusion in Kindertagesstätten – Begleitende Hilfen (SPD)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Bei unserem Antrag geht es darum, die Bedingungen für Inklusion in den Kindertagesstätten zu verbessern. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn sie eine Kita besuchen. In Karlsruhe wird diese Eingliederungshilfe pauschalisiert gewährt. Die Kinder bekommen einmal pädagogische Hilfen oder begleitende Hilfen oder auch beides. Die Stadtverwaltung hat in ihrer Stellungnahme geantwortet, dass die begleitenden Hilfen gut ausgestattet sind, besser beispielsweise als im Landkreis mit 390 Euro. Dem stimmen wir zu. Deshalb haben wir auch keinen Antrag auf Erhöhung der begleitenden Hilfen gestellt.

Anders sieht es aus bei den pädagogischen Hilfen. Hier ist es so, dass seit 2003 die pädagogischen Hilfen nicht mehr erhöht wurden. Das sind mittlerweile 15 Jahre. Damals konnten mit 460 Euro noch vier Stunden fachspezifische individuelle Unterstützung für das behinderte Kind gewährt werden. Aber heute sind es nur noch 1,5 Stunden, also viel zu wenig, um ein Kind, was besondere Entwicklungsbedürfnisse hat, zu fördern.

Andere Landkreise, andere Stadtkreise sind deutlich höher geworden mittlerweile. Inzwischen hat auch der Landkreis die pädagogische Pauschale auf 530 Euro erhöht. Wir haben deshalb einen sehr moderaten Antrag gestellt mit einer Erhöhung von 530 Euro für die pädagogische Hilfe. Wir bitten die anderen Antragsteller und Antragstellerinnen darum, sich an den pädagogischen Hilfen zu orientieren. Denn da besteht tatsächlich ein hoher Handlungsbedarf, während wir bei den begleitenden Hilfen im Augenblick mit dem, was die Stadt gewährt, zurecht kommen. Das ist auch im Sinne der Träger, vor allem der Lebenshilfe Reha Südwest, aber auch für andere inklusiv arbeitende Kitas, wo es einfach zu wenig ist, um die Kinder wirklich fachspezifisch pädagogisch gut zu fördern.

Stadträtin Fischer (SPD): Es wäre doch sinnvoll gewesen, unseren Antrag auch noch mit aufzunehmen. Bei uns ist bei der Formulierung des Antrags nämlich ein Fehler unterlaufen. Wir wollten auch die pädagogischen Hilfen behandelt wissen und nicht die begleitenden Hilfen. Es hat sich aber herausgestellt, dass da doch eine gewisse Verunsicherung besteht, was es alles in diesem Bereich gibt. Wir sehen das genauso wie die Antragsteller, was die pädagogischen Hilfen anbelangt. Allerdings hat mich die Antwort der Verwaltung doch etwas stutzig gemacht, weil verwiesen wird auf das zweigliedrige Karlsruher Finanzierungsmodell, was damit unter Umständen nicht so ganz einfach kompatibel ist mit dem, wie die Leistungen im Landkreis erfolgen. Ich würde mir deshalb wünschen, dass wir den Betrag zunächst mit einem Sperrvermerk einstellen und dann noch einmal im Sozialausschuss genau darlegen, wie unsere einzelnen Hilfen geleistet werden und auch eine Übersicht über das, was bei uns geleistet wird und über den Vergleich mit Landkreisen und anderen Städten. Dann könnte man weiter entscheiden, ob man tatsächlich die pädagogischen Hilfen in dem Umfang erhöhen möchte.

Stadtrat Braun (KULT): Die Kollegin Rastätter hat die Argumente genannt, die auch für uns sinnvoll sind für die Erhöhung der Pauschalen. Ich möchte nur hinzufügen, dass wir über Antrag Nr. 324, die flexible Verwendung, nicht abstimmen wollen und Ihrem Vorschlag, das im Ausschuss noch einmal zu besprechen, folgen würden.

Der Vorsitzende: Der Vorschlag kam von Frau Stadträtin Fischer. Jetzt gab es die Anregung, dass die Erhöhung der Pauschalen mit dem hier vorgesehenen Betrag noch mit einem Sperrvermerk versehen werden. Jetzt ist die Frage, ob sich die Antragsteller dem anschließen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich würde mich ungern anschließen. Denn die Zahlen liegen vor. Wir haben einen Antrag gestellt. Die Stadtverwaltung hat auf den Antrag alle Zahlen dargelegt. Die Städte wie Freiburg, Heidelberg usw. liegen mittlerweile bei fast 600 Euro für die pädagogische Pauschale. Ich weiß nicht, warum wir für eine solche Unterstützung von Kindern, die wirklich unsere bestmögliche Förderung in den Kindertagesstätten brauchen, die gar nicht nach Bedarf gefördert werden, sondern nur eine Pauschale bekommen, einen Sperrvermerk brauchen. Ich bitte doch darum, dass wir jetzt, wo der Sachverhalt klargestellt ist, dieser Sache auch ohne Sperrvermerk zustimmen.

Was das Karlsruher Modell anbelangt: Ja, es stimmt, Karlsruhe gibt pro Kind einen 0,1 Stellenzuschlag. Aber das ist der originäre Zuschlag für die Erzieherinnen in den Kitas. Das ist nicht die fachspezifische Förderung, die über Heilpädagoginnen oder vergleichbare Fachkräfte erfolgt. Hier geht es um genau diese Hilfe, die so ein Kind braucht, damit es in seinem Förderschwerpunkt gefördert werden kann. Ich sehe deshalb nicht ein, warum wir hier noch einmal einen Sperrvermerk machen und gerade auch die Träger, die sich derart engagieren, noch einmal in gewisser Weise damit vor den Kopf stoßen.

Stadtrat Krug (CDU): Die CDU-Fraktion wird sich dem Vorschlag der Kollegin Fischer anschließen. Im Gegensatz zu Frau Rastätter sind für uns die Zahlen auch aufgrund des zweigliedrigen Finanzierungsmodells des Bundesteilhabegesetzes und der Hortförderung, was da alles noch dazu kommt, nicht so klar. Wir sehen nicht, dass etwas anbrennt, wenn wir das mit einem Sperrvermerk versehen.

Der Vorsitzende: Dann stimmen wir jetzt über den weitestgehenden Antrag ab. Das ist der Antrag der GRÜNEN ohne Sperrvermerk. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Dann rufe ich denselben Antrag noch einmal auf mit Sperrvermerk. Den KULT-Antrag haben wir immer gleich mit hineingedacht. Also, noch einmal, der GRÜNE-Antrag inklusive KULT plus Sperrvermerk: Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Dann können wir möglicherweise die beiden Anträge Nrn. 324 und 325 mit in die Diskussion einfließen lassen, die Sie zu diesem Punkt sowieso im entsprechenden Fachausschuss - -

(Zurufe)

- Hat sich **erledigt**. Bei Antrag Nr. 324 wäre mein Vorschlag, dass wir das im Kontext dieser Thematik im Fachausschuss noch einmal beraten. Damit wären Sie einverstanden.

(...)